

Ausstellung

Kinder in israelischer Militärhaft: Von heute bis 27. November in der Kleinen Rathausgalerie in der Altstadt. Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 14 bis 18 Uhr; Samstag, 11 bis 18 Uhr.

STADT LANDSHUT

Samstag, 12. November 2016

„Wegschauen ist keine Option!“

Eröffnung der Ausstellung „Kinder in israelischer Militärhaft“ in der kleinen Rathausgalerie

Jedes Jahr werden etwa 700 Jugendliche zwischen zwölf und 17 Jahren von der israelischen Armee, der Polizei und Sicherheitsdiensten festgenommen, verhört und inhaftiert. Das geht aus dem UNICEF-Bericht „Kinder in israelischem Militärgewahrsam: Beobachtungen und Empfehlungen“ hervor. Die Vernissage „Kinder in israelischer Militärhaft“ in der kleinen Rathausgalerie zeigt die menschenrechtsverletzenden Zustände in Palästina auf.

Tägliche Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und verhärtete Fronten. Der Nah-Ost-Konflikt wütet bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts und eine Lösung der Auseinandersetzung um die Landfläche Palästina scheint noch lange nicht in Sicht zu sein. Die Leidtragenden des Konflikts sind aber vor allem die Kinder, die sowohl von der Hamas für ihre Machenschaften instrumentalisiert werden, als auch unter menschenrechtsverletzenden Bedingungen von israelischen Organen festgenommen werden.

Die Ausstellung „Kinder in israelischer Militärhaft“ in der kleinen Rathausgalerie dokumentiert das Vorgehen israelischer Behörden gegen palästinensische Kinder und Jugendliche. Initiiert wurde die Ausstellung von Mitgliedern des ökumenischen Begleitprogramms in Palästina und Israel (EAPPI) und in Zusammenarbeit mit dem Christlichen Bildungswerk, Pax Christi, dem Evangelische Bildungswerk, dem Arbeitskreis Dritte Welt, Amnesty International, Runder



Es war eine erfolgreiche Vernissage mit vielen interessierten Besuchern. Die Organisatoren der Veranstaltung (linkes Bild, von links) Anke Humpeneder-Graf, Kurt Bittler, Johann Buck, Bernd Heinze, Ursula Seiler, Franz Gervasoni, Christine Rieck-Sonntag, Friederike Reißik-Bemer und Klaus Lehner dürften sehr zufrieden gewesen sein. Foto: cv



Tisch gegen Rechts und UNICEF wurde die Ausstellung, die bereits 2015 in Berlin zu besichtigen war, nach Landshut geholt. Dieter von Dawans, EAPPI-Freiwilliger in Hebron, war als Experte der angespannten Lage zur Eröffnung anwesend. Auch Bilder von seinen jährlichen Aufenthalten in Palästina sind zu sehen.

Von Dawans berichtete über die Motivation der Israelis, oftmals unschuldige Jugendliche anzuklagen: „Die Kinder sind Druckmittel, damit die Eltern mit Israel kooperieren. Die Angehörigen können ihre Kinder zudem während der Haft nicht besuchen.“ Auch würde beim Verhör der Angeklagten großer physischer und verbaler Druck ausgeübt, was meistens mit einem Schuldbekennnis ende. So würden letztendlich 90 Prozent der Jugendlichen zu Freiheitsentzug verurteilt.

Dass es sich hierbei um ein sehr sensibles Thema handelt, zeigen

auch die antisemitischen Vorwürfe, mit denen sich die Organisatoren bereits im Vorfeld der Ausstellung konfrontiert sahen. „Ich habe in den letzten Tagen viele böse E-Mails bekommen. Daran lässt sich erkennen, wie viel Diskussionsbedarf für dieses Thema vorhanden ist“, sagte Kurt Bittler, Mitglied des Arbeitskreises Dritte Welt. Um weiteren Anschuldigungen vorzubeugen, hängt im Ausstellungsraum eine Tafel mit der Aufschrift „Ist das Antisemitismus?“ aus. Hierauf wird betont, dass Kritik nicht geübt wird, weil Unrecht von Juden begangen wird, sondern weil es Unrecht ist. Auch untergrabe Israel mit seiner völkerrechtswidrigen Politik moralisch sein Existenzrecht und gefährde längerfristig seine physische Existenz, weil diese Politik einen gerechten Frieden verhindere.

Um über das Thema ausreichend aufzuklären, ist der Standort der Ausstellung für Bittler wichtig: „Ich

bin der Stadt Landshut für diesen zentralen Ausstellungsort sehr dankbar. So können wir noch mehr Menschen erreichen und auf die Ungerechtigkeiten aufmerksam machen.“ Auch von Dawans betonte die Bedeutsamkeit der Veranstaltung: „Wenn wir eines aus der Geschichte gelernt haben, dann, dass wir nicht wegschauen dürfen. Wir müssen die Kultur des Hinschauens fördern, um den Ländern aus der Sackgasse zu helfen.“ Auch Stadträtin Anke Humpeneder-Graf stimmte ihren Kollegen zu: „Das ist eine humanitäre Angelegenheit, die geklärt werden muss. Wegschauen ist keine Option!“ -ne-

Info

Die Ausstellung ist von Dienstag bis Sonntag von jeweils 14 bis 18 Uhr und Samstag von 11 bis 18 Uhr bis zum 27. November geöffnet. Der Eintritt ist frei.